

dem die Schattenseiten einer solchen Trennung? Der leitende Staatsmann es verliert den Einfluss auf Preußen. Worin besteht denn sein Einfluss? Er ist dem Staatsministerium vor und hat eine Stimme. Gelingt es ihm, durch seine Vereinfachung, durch das Weichen seiner Gründe die Kollegen zu gewinnen, dann wird er mit dieser einen Stimme das Staatsministerium nach sich ziehen. Ob der Minister aber vor dem Tische oder vorstift oder auf dem Plage des Preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, ändert in der Sache gar nichts. Sind seine Gründe eben so, daß er seine Kollegen überzeugt, dann wird er sie von dem einen Plage aus überzeugen, wie er sie von dem anderen aus überzeugen haben würde, und er kann überstimmt werden in der einen Stellung und kann überstimmt werden in der anderen Stelle. Ich bin also der Meinung, daß hauptsächlich der Reichsminister auftritt, und sich auf die Rolle des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, auf die Zustimmung im Bundesrathe bezieht, nichts in Preußen verliert. Hat er einen persönlichen Einfluss, so wird er ihn so haben, wie er ihn so gehabt hat; einen politischen hat er so nicht und so nicht. Fürst Bismarck hat — und da hat der Herr Abg. Richter ganz richtig vorgelesen — in späteren Jahren hier und da auch eine andere Ansicht ausgesprochen. Es ist dann vielfach exemplifiziert worden auf die kurze Zeit, in der der Graf Noen das Preussische Ministerpräsidentium inne gehabt, und der Fürst Bismarck sich auf die Rolle zurückgezogen hat, die er jetzt amtlich vertritt. Ich habe mich bemüht, zu ergründen, ob dieses Verhältnis Nachtheile gehabt hat und welche? und ob es dieser Nachtheile wegen wieder aufgehoben worden ist oder aus anderen Gründen? Ich bin zu der Ansicht gekommen, daß nicht sachliche Nachtheile zur Wiederherstellung dieses Verhältnisses geführt haben. Der Minister Graf Noen übernahm das Ministerpräsidentium, weil er in eine Zeit zu dem Reichsminister bekannt gewordene Differenz mit dem Fürsten Bismarck gerathen war. Fürst Bismarck war leidend; er zog sich zurück; der Graf Noen war auch leidend, und sein Vorstift im Staatsministerium wurde bald illusorisch. Sein Leiden nahm zu; nachdem er elf Monate den Vorstift gehabt hatte, erklärte er selbst, nicht allein diesen Vorstift, sondern alle seine Aemter niederzulegen und den Abschied nehmen zu müssen. Darauf baten die Preussischen Minister den Fürsten Bismarck, er möge den Vorstift in dem Staatsministerium wieder übernehmen. Das ist geschehen. Das aber während dieser Zeit aus der Trennung der Aemter sachlich irgend ein Schaden entstanden wäre, vermag ich nicht abzuschätzen. Der Herr Abg. Richter hat als einen weiteren Nachtheil hervorgehoben, daß nun der Reichskanzler, wenn er nicht mehr Preussischer Minister sei, nicht mehr die Politik des do ut des treiben könne, daß er nicht mehr im Reich ein Angebot machen und es in Preußen bezahlen könne. Ich weiß nicht, ob ich das bisher gemacht haben würde; denn immer wieder würde ich dazu der Zustimmung meiner Preussischen Kollegen bedürftig haben; ich würde aber auch als Reichskanzler geglaubt haben, mich aus Reichs zu verabschieden, wenn ich eine Forderung im Reich mit einer Preußen schädigenden Gegenleistung ertauscht haben würde. (Sehr richtig! Bravo!) Ich meine, von einer solchen Politik kann nicht die Rede sein. Wenn ich also für mich und meine Stellung Nachtheile aus der Trennung nicht befürchte, so kann ich nicht verkennen, daß auf der anderen Seite Vortheile ganz unzweifelhaft sind. Ich könnte Ihnen wieder Verurtheilungen des Fürsten Bismarck darüber anführen, wie schwer ihm das in Preußen geworden ist, wie es nicht die Arbeit allein gewesen ist, sondern das gesteigerte Maß von Verantwortung, was es ihm schwer machte und was ihm den Wunsch nahe legte, sich von dem Preussischen Amt eines Ministerpräsidenten zu trennen. Wenn der Fürst Bismarck bei seiner kolossalen Kraft, bei der Geschicklichkeit, die er hinter sich hatte, es schwer empfand, die Verantwortlichkeit der Meinungen in Preußen zu tragen, so werden Sie mir zugeben, daß es unbedenklich für jeden anderen wäre, auch nur zu denken, daß er dadurch nicht leiden würde. Ich kann verstanden, daß die Sorgen, die mir das Preussische Ministerium gemacht hat, der unausgesprochene Druck der Verantwortlichkeit für Dinge, die mir doch im Ganzen fern lagen, in die direct einzugehen ich nicht im Stande war, — daß das zu den schwersten Theilen meines Daseins bisher gehört hat.

Ich bin aber auch der Meinung, daß direct für das Reich aus dieser Trennung ein Vortheil insofern erwächst, als der Reichskanzler künftig nicht mehr in jede Preussische Kreise verwickelt zu werden braucht. Nun kann man ja sagen: Das brauchst du ja nicht, stelle dich doch als Ministerpräsident so abseits, daß, wenn einer oder der andere deiner Kollegen fällt, du nicht mitzufallen brauchst. Das wäre nach meiner Auffassung von den Pflichten des Ministerpräsidenten doch nicht immer angängig. Ich will von vorne weg sagen, diese Pflichten und Zielsetzungen lassen sich reglementarisch und allgemein gar nicht begrenzen, in so hohen Stellungen muß sich Alles auf die Person anwenden; ich aber habe einmal die Auffassung von meinen Pflichten als Ministerpräsident dahin gehabt, daß ich, wenn ein Minister eine Vorlage einbrachte und das Ministerium sich mit ihr einverstanden erklärt hätte, der nächste dazu war, um hinter dem Ressortminister zu stehen. (Bravo! rechts und im Centrum.) Ich habe die An-

sicht gehabt, daß, wenn der Ministerpräsident in einer solchen Lage dem Ressortminister fallen läßt, er dann im Staatsministerium überhaupt Null wird, wenigstens wenn an sich nicht großer Einfluss wäre Null geworden, wenn meine Kollegen nicht die Ueberzeugung haben konnten: der Ministerpräsident wird, soweit es in seinen schwachen Kräften steht, hinter uns stehen. (Bravo! rechts.) Ich bin von der Ansicht ausgegangen, daß die erste Pflicht des Preussischen Ministerpräsidenten die ist, auch mit seiner Person zu bestehen. Es ist mir das sehr leicht geworden, denn bei keiner der Vorlagen habe ich mich von meiner eigenen Ueberzeugung zu trennen gebraucht. (Bravo! rechts und im Centrum.) Ich glaube also, daß die Befreiung, es könne das Reich zu Geben kommen bei der Trennung, nicht vorliegt. Ich glaube vielmehr, daß in den Verhältnissen des Reichs eine wünschenswerthe Stabilität dadurch herbeigeführt wird. Es kann weder der auswärtigen Politik, noch der Reichspolitik dienen, wenn Abstimmungen in den Preussischen Häusern, wenn eine schwierig werdende öffentliche Meinung in Preußen immer in letzter Perspective den Fall des Reichskanzlers zeigt. Es ist nicht Unbedenklichkeit, ich bin aber der Meinung, daß es dem öffentlichen Interesse Deutschlands nicht dient, wenn die Stellung des Reichskanzlers häufig als unklar erscheint.

Nun hat der Herr Abg. Richter gemeint, man könne dem ja abhelfen, einmal durch eine parlamentarische Regierung. Nun, ich glaube nicht, daß der Abgeordnete das für Preußen im Ernst gesagt hat. (Beifall.) Ich glaube, er weiß so gut wie ich, daß wir Gott sei Dank davon noch weit ab sind. Er hat aber für das Reich auch ein Auskunftsmittel, nämlich Reichsministerien. Nun frage ich, wer wohl hier ernstlich glaubt, daß zur Zeit Reichsministerien einzuführen wären. Es mag ja Manche hier sein, der es für wünschenswerth hält — die verbundenen Regierungen halten es nicht für wünschenswerth —; ob aber irgend Jemand hier ist, der das jetzt für ausfühubar hält, ohne den Bundesrat zu beiziehen, ohne unsere ganze Reichsverfassung auf den Kopf zu stellen, ist mir in hohem Grade zweifelhaft. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Ich meine doch, daß wir gut thun werden, abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln, und ich meine, daß Deutschlands doch zu sehr sehr, um durch eine solche Frage, wie die, ob der Reichskanzler einen Theil seiner Preussischen Aemter, den er selbst für unbedeutend hält, abgibt oder nicht, erschüttert zu werden. Ich bin der Meinung, Deutschland wird das überleben und wird dadurch nicht verlieren, sondern eher gewinnen. (Beifall! Bravo! rechts und im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Wie denkt sich der Abg. Richter die Möglichkeit einer parlamentarischen Regierung bei uns, wenn im Preussischen Abgeordnetenhaus eine conservative und im Reichstage eine liberale Mehrheit vorhanden ist? Glaubt er, hier könne mit liberalen und dort mit conservativen Grundfragen regiert werden? (Sehr gut! rechts.) Eine Erweiterung der ganzen Situation scheint mir aber heute nicht opportun. Allerdings glaube ich auch nicht, daß die Trennung des Preussischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers dauernd sein wird. Ich will aber auf die weiteren Fragen nicht eingehen. Das Reich wird stark genug sein, die Kräfte zu überwinden. Das letzte Vorstiftorium war das beste Auskunftsmittel, aber ich meine auch mit dem Fürsten Bismarck, daß das Preussische Ministerpräsidentium auf die Dauer nicht vom Reichskanzleramt zu trennen ist. Wenn der Reichskanzler meint, der Preussische Ministerpräsident habe keinen politischen Einfluss auf seine Kollegen, so beharrt der Fürst Bismarck noch zuletzt darauf, daß kein Minister dem Könige Vorträge halten dürfe, ohne den Ministerpräsidenten unterrichtet zu haben. Das ist ein starker und genügender Einfluss. Allerdings bin dabei die Gewalt der Persönlichkeit des Fürsten Bismarck mit in Betracht, aber auf die Dauer wird das jetzige System der Collegialität im Preussischen Ministerium sich nicht aufrecht erhalten. Der Ministerpräsident muß einen großen Einfluss haben und muß auch Reichskanzler sein.

Abg. Graf Wallesprengel (C): Auch ich beklage es, daß der Reichskanzler aus seiner leibenden Stellung in Preußen ausgeschlossen ist. Wenn ich ihn auch gern glaube, daß die Stellung eines Ministerpräsidenten in Preußen nicht reglementarisch begrenzt ist, so giebt sie doch der Gesamtstellung des Reichskanzlers ein Relief, welches ich ungern vermissen, und sie giebt ihm auch einen Einfluss in Preussischen Angelegenheiten, der allerdings nicht reglementarisch feststeht, aber sich an die Person heftet. Wir hoffen, daß es, wie bei dem Fürsten Bismarck, nicht lange dauern wird, bis er wieder die Preussischen Angelegenheiten in seine Hand nehmen und wieder die volle Stellung einnehmen wird, die ihm nach unserer Ansicht zukommt. (Beifall im Centrum.) Ich kann mich ganz besonders mit dem einverstanden erklären, was der Reichskanzler über die do ut des-Politik gesagt hat. Auch ich würde es nicht verstehen, wenn ein Reichskanzler im Reichstage Concessionen machte und dafür mit Preussischer Münze bezahlte. Eine solche That dem höchsten Beamten des Reichs zuzumuthen, würde ich nie wagen. (Rufen links.) Was das Auskunftsmittel einer parlamentarischen Regierung in Preußen und verantwortlicher Ministerien im Reich betrifft, so muß ich mich, da das erste uns hier nichts angeht, ganz besonders gegen das letztere erklären. Wir stehen auf dem Boden der Reichsver-

fassung und die Verfassung kennt nur den Bundesrat, den Reichstag und den Kaiser. Ein verantwortliches Reichsministerium ist unvereinbar mit der Institution des Bundesraths, und wir würden die Zustimmung des Bundesraths dazu geben. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Bennigsen (nat.): Der Reichstag hat den verantwortlichen Reichskanzler auf den Wunsch des Reichstags in die Verfassung eingefügt, in deren Entwurf er nicht angeführt war. Der Abg. Richter hat vollkommen mit Recht eine Kritik an der Veränderung in den leitenden Stellen im Reich und in Preußen geübt, wollte aber, und das halte ich für durchaus patriotisch, in der Erörterung dieser Fragen nicht fortfahren, sondern abwarten, wie der Versuch ausfällt, die Dinge sich weiter entwickeln. Für die Stellung des Reichskanzlers nach außen ist es am wichtigsten, daß ein fortdauernder Wechsel in den Einrichtungen und Personen vermieden wird. (Sehr richtig!) Wir werden jetzt alle politisch und patriotisch handeln, wenn wir nicht abwarten, was sich aus dem Versuch der Trennung der Aemter erwirkelt. Dabei kann man von der Auffassung des Reichskanzlers sehr wohl abweichen. Ich meine, daß man sehr bald wieder zu einer Vereinigung der beiden Aemter in einer Person zurückkehren wird. Die Macht des Deutschen Kaiserthums ist zu allen Zeiten schwach gewesen und zusammengebrochen, wenn sie nicht durch eine so große Staatsmacht gestützt wurde, die ihm allen übrigen Herzogen oder wenigstens jedem einzelnen an Macht überlegen war. Auf der Grundlage einer solchen Macht Preußens würde die Verfassung errichtet, der König von Preußen mußte Kaiser im Reich werden. Derselbe Gedanke legte es nahe, die ersten Rathgeber des Königs und Kaisers, die mächtigsten Staatsmänner des Preussischen Staats und des neuen Deutschen Reichs ebenso in der einen Person des Preussischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers zu vereinigen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Bei einer anderen Einrichtung zwischen dem nächsten Deutschen Staate und dem Reich können besten Willen und den reinsten patriotischen Absichten beider Parteien als Preussischer Ministerpräsident und Reichskanzler. Ich will hoffen, daß wir eine solche Gefahr in nächster Zeit nicht zu erleben haben, obwohl ich nicht verkenne, daß seit einiger Zeit der Particularismus in Deutschland auf vielen Seiten, doch und Niedrig, wieder im Wachen begriffen ist. (Sehr richtig! links.)

Daß der Reichskanzler Graf Caprivi, wenn er sich nicht entschließen konnte, nach den Vorgängen in Preußen dort Ministerpräsident zu bleiben, doch das Amt als Reichskanzler behalten hat, wird im Großen und Ganzen nicht nur in Deutschland mit Freude begrüßt werden, und Graf Caprivi hat aus der Haltung der öffentlichen Presse, auch von Parteien, zu denen er vielleicht kein über großes Vertrauen hat, ersehen, daß man einen ethischen Versuch auf diesem Wege gern unterlassen wird, und man wird auch unumwunden Veranlassung haben, weil die Stetigkeit unserer Verhältnisse von entscheidendem Einbruch auf die auswärtigen Mächte ist, nicht etwa bloß auf die verschiedenen deutschen Regierungen, sondern auch auf die fremden Mächte, mögen sie uns freundlich gesinnt sein, wie unsere Bundesgenossen, oder uns feindselig gegenüberstehen.

Abg. v. Mantensfeld (dc): Ich glaube, daß die deutschconservative Partei niemals dafür eingetreten ist, daß es notwendig sei, einen verantwortlichen Reichsfinanzminister zu creiren. Wir haben stets auf dem Boden der Reichsverfassung gestanden, und diese spricht nur von einem Reichskanzler, aber nicht von Reichsminister, Reichskanzler und Reichstag, aber nicht von Reichsministerien. Im Uebrigen liegt es nicht von Reichsministerien fern, hier auf die Vorkommnisse in Preußen näher einzugehen. Ich möchte mir betonen, daß, nachdem einmal der Kaiser und König dahin sich schicklich gemacht hat, den Reichskanzler Grafen v. Caprivi in seiner Stellung als Reichskanzler zu belassen, während er als Preussischer Ministerpräsident durch den Grafen zu Culenburg ersetzt worden ist, uns dies genügt und uns keine Veranlassung giebt, irgendwie weiter auf die Frage einzugehen.

Abg. Liebknecht (So.): Die Thatsache steht fest, daß das jetzige Deutsche Reich nur ein vergrößertes Preußen ist und daß der Preussische Einfluss der maßgebende ist. Es ist mir zum Vorwurf gemacht, daß ich hier von Gleichzeitigkeiten geredet habe. Eine Gleichzeitigkeit der Frage besteht doch, wie ich bemerkt habe. Uebrigens giebt es in diesem ganzen Hause vielleicht kein einziges Mitglied, welches da, wo es von Nutzen ist, mehr wie ich bestanden hat, daß für den Fall eines Angriffskrieges, eines Revolutionskrieges für Elsaß-Lothringen, sei es von Frankreich allein, sei es im Bündnis mit Russland, man kein geripptes Deutschland finden, sondern daß ganz Deutschland einig dastehen wird. Wenn der Abg. v. Dollmer gegen mich ausgesprochen worden, so ist das ganz unbedeutend; seine Ausführungen sind von meiner Partei gerügt worden. Wir werden, wie ich das von selbst vertritt, gegen den Etat in seiner Gesamtheit stimmen.

Abg. v. Sturm (Reichsp.): Wenn die Socialdemokraten dem Senate die Mittel verwenden, die er zu seiner Vertheidigung braucht, so will das mehr bedeuten, als alle Erfahrungen des Abg. Liebknecht. Die Herren haben seit 1870 alles gethan, um das Vaterland gegen Angriffe von außen wehrlos zu